

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

**Migration, Rückführungen und Koalitionsstreit um Einrichtung von Dublin-Zentren in Niedersachsen**

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 20.05.2026

Die rot-grüne Landesregierung ist, Berichten zufolge, in der Migrations- und Rückführungspolitik uneins. Innenministerin Daniela Behrens hat sich seit September 2025 offen für die Einrichtung eines Dublin-Zentrums in Niedersachsen gezeigt und dem Bund ein solches Zentrum angeboten, um das Dublin-Verfahren zu beschleunigen und mehr Rücküberstellungen zu ermöglichen. Der Bund hat signalisiert, dass er Niedersachsen dabei nicht im Weg steht.<sup>1</sup>

Gleichzeitig lehnen die Grünen als Koalitionspartner solche Zentren ab - sie seien nicht im Koalitionsvertrag vereinbart. Dies führt zu erkennbaren Spannungen innerhalb der Regierung.<sup>1,2</sup> Parallel dazu hat Innenministerin Behrens im Juli 2025 per Erlass eine zentrale Ausreiseeinrichtung in der Landesaufnahmebehörde Braunschweig geschaffen. Vollziehbar ausreisepflichtige Personen, die ihre Abschiebung schuldhaft vereiteln, sollen dort untergebracht werden.<sup>3</sup>

Trotz gesunkener Zugangszahlen (2025 ca. 9 128 neue Asylsuchende bis Ende November) klagen die Kommunen weiterhin über hohe Unterbringungskosten. Für April bis September 2026 rechnet das Innenministerium mit rund 7 000 weiteren zu verteilenden „Schutzsuchenden“.

1. Zu welchem Zeitpunkt genau hat Innenministerin Daniela Behrens dem Bund die Einrichtung eines Dublin-Zentrums in Niedersachsen angeboten, und welche konkrete Antwort hat die Bundesregierung darauf gegeben (bitte Korrespondenz bzw. wesentliche Inhalte der Schreiben nennen)?
2. Welche konkreten Gründe führen dazu, dass die Grünen in der Koalition die Einrichtung eines Dublin-Zentrums ablehnen, während die Innenministerin dies befürwortet, und welche Position hat Ministerpräsident Olaf Lies in diesem Koalitionskonflikt eingenommen?
3. Warum wurde trotz des Angebots an den Bund bis April 2026 noch kein Dublin-Zentrum in Niedersachsen eingerichtet, und welche Hindernisse stehen einer Umsetzung entgegen?
4. Welche konkreten Maßnahmen und Zeitpläne hat die Landesregierung gegebenenfalls für die Einrichtung eines funktionsfähigen Dublin-Zentrums bzw. einer erweiterten zentralen Ausreiseeinrichtung in den Jahren 2026 und 2027?
5. Welche Auswirkungen hatte die zentrale Ausreiseeinrichtung in Braunschweig (Erlass vom Juli 2025) bisher auf die Anzahl der Rückführungen und die Verweildauer ausreisepflichtiger Personen (bitte konkrete Zahlen für 2025 und erstes Quartal 2026 nennen)?
6. In wie vielen Fällen wurden Personen in der Braunschweiger Ausreiseeinrichtung untergebracht, und wie viele davon konnten tatsächlich abgeschoben oder in einen anderen EU-Staat rücküberstellt werden?

---

<sup>1</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/bund-steht-dublin-zentrum-in-niedersachsen-nicht-im-weg,dublin-128.html>

<sup>2</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/warum-hat-niedersachsen-kein-dublin-zentrum-cdu-sieht-widersprueche,dublin-130.html>

<sup>3</sup> <https://www.nds-fluerat.org/63554/aktuelles/fluechtlingsrat-kritisiert-wiedereroeffnung-eines-ausreisezentrums-in-niedersachsen/> & <https://taz.de/Ausreisezentrum-in-Braunschweig!/6122911/>

7. Welche zusätzlichen Kapazitäten und finanziellen Mittel stellt die Landesregierung den Kommunen für die Unterbringung ausreisepflichtiger Personen zur Verfügung, und wie hoch waren die tatsächlichen Unterbringungskosten im Durchschnitt der Kommunen im Jahr 2025?
8. Welche Lehren zieht die Landesregierung gegebenenfalls aus der Tatsache, dass andere Bundesländer (z. B. Hamburg, Brandenburg) bereits 2025 Dublin-Zentren eingerichtet haben, während Niedersachsen bislang keine vergleichbare Einrichtung betreibt?
9. Wie hoch schätzt die Landesregierung die durch nicht erfolgte oder verzögerte Rückführungen entstandenen Mehrkosten für das Land und die Kommunen in den Jahren 2025 und 2026 ein?

(verteilt am 30.06.2026)